

HINTERGRUNDPAPIER

Zukunftschancen nutzen – Wandel wagen

Bildungsarbeit nach dem
Europäischen Jahr für Entwicklung

Alexander Reif, Stefan Rostock, Nicole Bosquet & Inga Zinck

Zusammenfassung

Das Europäische Jahr für Entwicklung 2015 war geprägt von wichtigen internationalen politischen Prozessen, die in diesem Jahr entscheidende Weichen für die Nachhaltigkeits-Agenda setzten. Besonders hervorzuheben sind die Agenda 2030 mit den darin enthaltenen globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDG) sowie die UN-Klimaverhandlungen, die im Dezember 2015 ein globales Klimaabkommen erzielten. Im selben Jahr startete außerdem das Weltaktionsprogramm zu Bildung für nachhaltige Entwicklung. Das Jahr 2015 ist damit nicht nur richtungsweisend in Bezug auf entwicklungspolitische Prozesse, sondern auch für entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Das vorliegende Hintergrundpapier unterstützt die Zielsetzung des Europäischen Jahrs für Entwicklung – Informieren, Einbinden, Bewusstsein schärfen – und ergänzt diese darüber hinaus noch um den entscheidenden Punkt „Handeln“ in Form von Impulsen für Handlungsmöglichkeiten im Privaten und Politischen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist ein wichtiger Pfeiler in der Umsetzungsphase der globalen Beschlüsse – auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene – und macht Mut, den Wandel hin zu einer nachhaltigen Entwicklung zu wagen – im Privaten, wie auch im Politischen. BNE spielt eine zentrale Rolle, da sie zur Veränderung von festgefahrenen Denk- und Verhaltensmustern anregt und Menschen zu Mitgestaltern eines nachhaltigen Transformationspfads ihrer Gesellschaft macht. Die vorliegende Broschüre stellt BNE-Akteuren eine Zusammenfassung und Bewertung der SDG und der internationalen Klimapolitik nach dem Pariser Klimaabkommen zu Verfügung. Sie bietet aus BNE-Perspektive Anregungen für die eigene Arbeit, auch über das Jahr 2015 hinaus. Abschließend werden kurz vier Ansätze grob skizziert: die Gerechtigkeitsdebatte, die Frage nach nachhaltigen Lebensstilen, die Fokussierung auf Menschenrechte und strukturveränderndes, politisches Engagement im Sinne des Germanwatch Hand Prints.

Impressum

AutorInnen: Alexander Reif, Stefan Rostock, Nicole Bosquet & Inga Zinck

Redaktion: Daniela Baum

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn:

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin:

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

Dezember 2015

Bestellnr: 15-6-02

ISBN 978-3-943704-40-2

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: www.germanwatch.org/de/11536



Gefördert von Engagement Global aus Mitteln der Europäischen Union (EU) und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Germanwatch e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der EU, von Engagement Global gGmbH oder dem BMZ wieder.

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Das Europäische Jahr für Entwicklung	5
3	Die wichtigen Beschlüsse von New York und Paris.....	6
3.1	Ein Rückblick auf die Millennium-Entwicklungsziele (MDG).....	6
3.2	Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung	8
3.3	Die UN-Klimaverhandlungen und das Pariser Klimaabkommen.....	12
4	Zukunftschancen nutzen – Wandel wagen.....	14
4.1	Den Wandel im „Entwicklungsland Deutschland“ wagen	14
4.2	Die Chancen der Transformation nutzen.....	16
5	Strukturen verändern: Akteure des Wandels durch BNE unterstützen	19
5.1	Das Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung.....	19
5.2	BNE-Schwerpunkte nach dem Europäischen Jahr für Entwicklung.....	19
6	Handeln mit Hand und Fuß	24
7	Literatur	26

1 Einleitung

„Wir können die erste Generation sein, der es gelingt, Armut zu beseitigen, und gleichzeitig vielleicht die letzte Generation, die noch die Chance hat, unseren Planeten zu retten.“

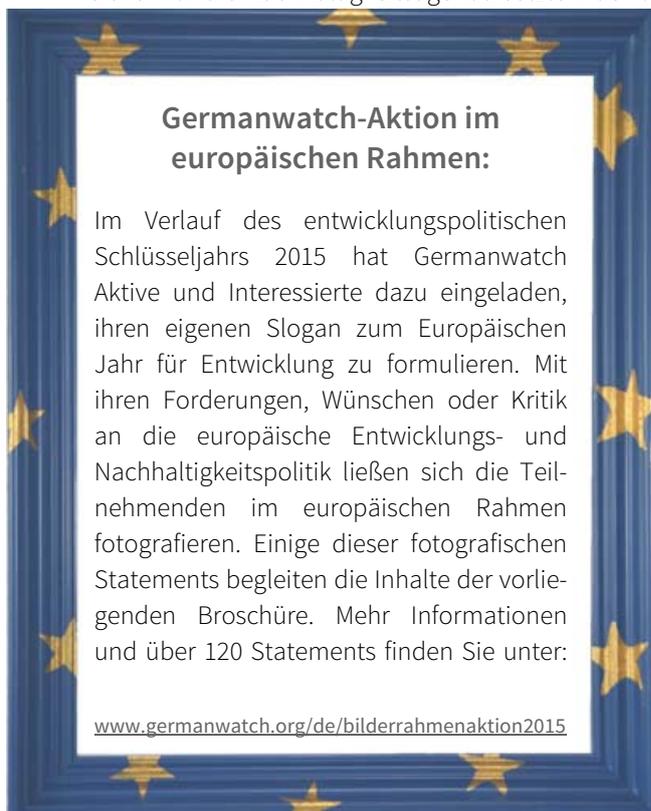
Textausschnitt aus der Agenda 2030, Punkt 50

Die Zeit für einen Wandel hin zu einem nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensmodell, das die Menschenrechte achtet und die ökologischen Grenzen des Planeten nicht überschreitet, drängt. Wir wissen um die Eile und haben bereits heute die Möglichkeit, den Wandel einzuleiten. Gemeinsam können wir den Mut aufbringen, diesen Wandel zu wagen und dabei die Chancen zu erkennen und zu nutzen, die sich auf dem Weg hin zu einer zukunftsfähigen Wirtschafts- und Lebensweise ergeben. Die großen globalen Herausforderungen sind miteinander verknüpft: Klimawandel, Ernährungsunsicherheit, Armut, Migration und Flucht, Wirtschaftskrise, die Folgen des enormen Energie- und Rohstoffhungers der vorherrschenden Wirtschaftssysteme und Konsummuster, die weltweit wachsende soziale Ungleichheit. Weil sie miteinander verflochten sind, lässt sich diesen und vielen weiteren globalen Herausforderungen nur gemeinsam, an allen Orten, in allen Bereichen und auf allen Ebenen begegnen. Dafür benötigt es eine Veränderung von politischen und wirtschaftlichen Strukturen, aber auch eine Gesellschaft, die den Wandel mitträgt und mitgestaltet. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) spielt dabei eine zentrale Rolle, da sie zur Veränderung von festgefahrenen Denk- und Verhaltensmustern anregt und Menschen zu MitgestalterInnen eines nachhaltigen Transformationspfads ihrer Gesellschaft macht.

Das im entwicklungspolitischen Schlüsseljahr 2015 ausgerufene Europäische Jahr für Entwicklung (EJE) bietet die Gelegenheit, öffentlichkeitswirksame Aktionsräume für nachhaltige Entwicklungspolitik in Europa zu schaffen und zu nutzen. Der Fokus dieses Hintergrundpapiers wird dabei auf zwei der wichtigen internationalen politischen Prozesse gelegt, die in diesem Jahr entscheidende Weichen für die Nachhaltigkeitsagenda setzten: der UN-Gipfel zur Post-2015-Entwicklungsagenda

mit dem Beschluss der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung, der sogenannten Sustainable Development Goals (SDG), im September in New York sowie der UN-Klimagipfel Ende des Jahres in Paris. Im selben Jahr startet außerdem das Weltaktionsprogramm zu Bildung für nachhaltige Entwicklung. Das Jahr 2015 ist damit nicht nur richtungsweisend in Bezug auf entwicklungspolitische Prozesse, sondern auch für entwicklungspolitische Bildungsarbeit.

Die vorliegende Broschüre unterstützt die Zielsetzung des Europäischen Jahrs für Entwicklung – Informieren, Einbinden, Bewusstsein schärfen – und ergänzt dies darüber hinaus noch um den entscheidenden Punkt „Handeln“ in Form von Impulsen für Handlungsmöglichkeiten im Privaten und Politischen, auch über das Jahr 2015 hinaus.



2 Das Europäische Jahr für Entwicklung

Auf Vorschlag der Europäischen Kommission riefen das Europäische Parlament und der Europäische Rat das Jahr 2015 zum Europäischen Jahr für Entwicklung aus. Mit dieser thematischen Ausrichtung reagieren die Institutionen auf die entscheidenden internationalen Prozesse im Jahr 2015. Das Motto „Unsere Welt. Unsere Würde. Unsere Zukunft.“ greift den Ansatz der gemeinsamen Verantwortung für unsere Erde und unsere Mitmenschen auf und bildet den perspektivischen Rahmen des Themenjahres. Die Europäische Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit soll besonders in diesem Jahr für EU-Bürgerinnen und -Bürger erlebbar gemacht werden (EU 2015). Die Öffentlichkeit soll Antworten auf Fragen wie „Warum ist Entwicklungshilfe wichtig?“, „Welchen zusätzlichen Nutzen schafft die EU als globaler Akteur?“ und „Welchen Beitrag kann jeder Einzelne leisten?“ bekommen und in die Diskussion und Reflexion der europäischen Entwicklungszusammenarbeit eingebunden werden. Die gemeinsame Verantwortung für die Verlierer der Globalisierung, für Natur, Klima und Ressourcen soll ins Bewusstsein gerufen werden und so zur persönlichen und politischen Partizipation auf allen Ebenen anstoßen. Das EJE ist auch als Aufforderung zu begreifen, den Wandel für eine zukunftsfähige Welt aktiv mitzugestalten. Um der Vielzahl an Arbeitsfeldern gerecht zu werden, die im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung relevant sind, setzt das Europäische Jahr für Entwicklung jeden Monat einen anderen Themenschwerpunkt, wie beispielsweise Bildung, Frauen und Mädchen, Frieden und Sicherheit, grünes Wachstum, Ernährungssicherheit, Demographie und Migration oder Klimaschutz.¹

Die Ergebnisse eines Anfang des Jahres 2015 veröffentlichten Eurobarometers (EU-Kommission 2015) über die Einstellungen der EU-BürgerInnen zum Thema Entwicklungszusammenarbeit ergaben, dass in Deutschland rund 91 % der Befragten der Meinung sind, es sei wichtig, Menschen in Entwicklungsländern zu helfen. Etwa 75 % der Befragten stimmten auch einer Erhöhung der Hilfsmittel dafür zu und 64 % waren der Meinung, dass Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern eines der Hauptziele der EU sein sollte. Trotz dieser Mehrheit, die sehr positiv gegenüber nationalen und europäischen Aktivitäten zur Armutsbekämpfung eingestellt ist, sind lediglich 43 % der Befragten der Meinung, dass sie als Einzelperson eine Rolle bei der Bekämpfung von Armut in Entwicklungsländern spielen können (europaweit sind es 50 %). Etwa 45 % der Befragten in Deutschland geben an, sich auf irgendeine Weise persönlich für die Unterstützung von Entwicklungsländern zu engagieren: 38 % tun dies durch Spenden, 7 % durch Ehrenamt in Organisationen und Verbänden und lediglich 3 % engagieren sich politisch für die Unterstützung von Entwicklungsländern, zum Beispiel indem sie Mitglied einer Partei oder Nichtregierungsorganisation sind oder an Demonstrationen teilnehmen (Mehrfachnennungen waren möglich).



Abbildung 1: Ergebnisse aus dem Eurobarometer, Befragte aus Deutschland

¹ Weitere Informationen und Hintergrundtexte zu den Monatsthemen finden sich unter anderem auf den Seiten von Engagement Global: <http://ej2015.engagement-global.de/monatsthemen.html>

Die Menschen sehen also die Möglichkeiten zum aktiven politischen Handeln in hohem Maße nicht bei sich selbst. Abgesehen von der Spendenbereitschaft engagiert sich nur ein Bruchteil der Befragten selbst. Für einen mutigen gesamtgesellschaftlichen Wandel bedarf es jedoch der aktiven Mitgestaltung und des Engagements der Bevölkerung in ihrer Rolle als Bürgerinnen und Bürger. Bildung für nachhaltige Entwicklung sollte dies nach dem Europäischen Jahr für Entwicklung verstärkt anstreben, denn nach 2015 müssen die globalen Abkommen und Erklärungen in nationales,



regionales und lokales Handeln übersetzt werden. Ein wichtiger Aspekt und starker Hebel ist dabei ein stärkerer Fokus auf wirksame und strukturverändernde Handlungsoptionen, die jede und jeder einzelne für den eigenen Wirkungskreis und Kontext weiterentwickeln und anwenden kann und die durch den Germanwatch Hand Print transportiert und unterstützt werden (siehe Kapitel 6). Bevor

auf mögliche Handlungsoptionen und die Rolle von Bildung für nachhaltige Entwicklung eingegangen wird, soll der entwicklungspolitische Rahmen im Kontext der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) und des 2015 in Paris abgeschlossenen Klimaabkommens skizziert werden.

3 Die wichtigen Beschlüsse von New York und Paris

Mit den Verhandlungen der Post-2015-Agenda und des Pariser Klimaabkommens waren große Erwartungen und Hoffnungen verbunden. Auch wenn beide Abkommen nicht das bestmögliche Ergebnis im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erzielten, so sind die Beschlüsse richtungweisend und stellen zentrale Weichen für die globale Nachhaltigkeitsagenda. Einige Ergebnisse der Abkommen sind wesentlich ambitionierter ausgefallen als zunächst erwartet. Im Folgenden wird eine kurze Bewertung der beiden Abkommen vorgenommen.

3.1 Ein Rückblick auf die Millennium-Entwicklungsziele (MDG)

Bis zum Jahr 2015 stellt(ten) die Millennium-Entwicklungsziele (MDG), die die Vereinten Nationen im Jahr 2000 verabschiedeten, einen zentralen Rahmen für einen Großteil des entwicklungspolitischen Engagements weltweit und auch in Europa dar. Die Einigung auf acht konkrete Ziele (siehe Tabelle auf Seite 7) erleichterte die Planung von Maßnahmen und die Identifikation von Erfolgen sowie Misserfolgen internationaler Entwicklungszusammenarbeit. Die MDG konnten in den vergangenen Jahren einige Erfolge erzielen, beispielsweise wurde die Anzahl der Menschen, die in extremer Armut leben, seit 1990 weltweit halbiert. Die Zielerreichung verlief regional sehr unterschiedlich, so konnte vor allem Asien größere Erfolge erzielen, Subsahara-Afrika jedoch nur kleine. Es stellt sich die Frage, inwiefern die Ausrichtung der Entwicklungspolitik auf die Acht Millennium-Entwicklungsziele oder nicht eher ein wirtschaftlicher Aufschwung (z. B. in Asien) für entsprechende Erfolge in einigen Regionen verantwortlich war. Doch auch dieser wirtschaftliche Aufschwung basierte auf einem fossilen und extraktiven Wirtschaftsmodell, das auf Kosten von Menschen(rechten) und Umweltschäden höheres Wirtschaftswachstum erzeugte. Diese Teilerfolge könnten für größere, zeitlich und räumlich verlagerte Herausforderungen „erkauft“ worden sein – beispielsweise den voranschreitenden Klimawandel und seine Folgen, die wiederum, wenn auch etwas zeitversetzt, die besonders verletzlichen und armen Bevölkerungsgruppen treffen. Auch

konnte dieser wirtschaftliche Aufschwung den Ungleichheiten nicht entgegenwirken, denn die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich in fast allen Ländern dieser Welt weiter vergrößert und das soziale Konfliktpotenzial damit nicht verringert, sondern lediglich verlagert.

Die Millennium-Entwicklungsziele (MDG) für den Zeitraum 2000 bis 2015



1 Ziel 1:
Extreme Armut und Hunger beseitigen

ERADICATE
EXTREME POVERTY
AND HUNGER



2 Ziel 2:
Primarschulbildung für alle

ACHIEVE UNIVERSAL
PRIMARY EDUCATION



3 Ziel 3:
Gleichstellung der Geschlechter und
Stärkung der Rolle der Frauen

PROMOTE GENDER
EQUALITY AND
EMPOWER WOMEN



4 Ziel 4:
Senkung der Kindersterblichkeit

REDUCE
CHILD MORTALITY



5 Ziel 5:
Verbesserung der Gesundheitsver-
sorgung der Mütter

IMPROVE MATERNAL
HEALTH



6 Ziel 6:
Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und
anderen schweren Krankheiten

COMBAT HIV/AIDS,
MALARIA AND OTHER
DISEASES



7 Ziel 7:
Ökologische Nachhaltigkeit

ENSURE
ENVIRONMENTAL
SUSTAINABILITY



8 Ziel 8:
Aufbau einer globalen Partnerschaft für
Entwicklung

A GLOBAL
PARTNERSHIP FOR
DEVELOPMENT

Inwieweit qualitative Verbesserungen in den verschiedenen entwicklungspolitischen Bereichen erreicht wurden, lässt sich anhand der MDG nur schwer festmachen, da sie hauptsächlich auf quantitative Steigerungen und Verbesserungen abzielten, wie zum Beispiel der Einschulungsrate und nicht der Qualität der Bildung. Auch entspricht die starke Fokussierung der MDG auf sozialpolitische Defizite keineswegs der Bandbreite globaler Herausforderungen. Armutsbekämpfung ohne Berücksichtigung der Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen und Ökosysteme, die unter anderem durch die Folgen des Klimawandels bedroht sind, arbeitet am Ziel vorbei.

2015 kamen die MDG nun zu ihrem Abschluss. Während reflektiert wurde, was in den letzten 15 Jahren erreicht werden konnte und was nicht, wurde bereits der nächste Zielkatalog verhandelt.

3.2 Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung

Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) sind Teil der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Auf den ausführlichen Zielkatalog mit 17 Hauptzielen (siehe Tabelle auf Seite 9) und 169 Unterzielen, hat sich die Weltgemeinschaft in einem langen und partizipativen Arbeits- und Verhandlungsprozess geeinigt und ihn beim UN-Gipfel im September 2015 in New York angenommen.²

Die SDG sollen an jenen Nachhaltigkeitsdimensionen ansetzen, wo die MDG nicht hineinreichten: die gemeinsame Perspektive auf die ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekte globaler Nachhaltigkeit. Außerdem sollen nun nicht nur die besonders betroffenen Staaten adressiert und aufgefordert werden, bestimmte Entwicklungsziele zu erreichen. Der holistische Ansatz der SDG greift auch die massiven Fehlentwicklungen der reichen Staaten auf, die vielleicht nicht in erster Linie große Armut, Hunger und Analphabetismus verzeichnen, jedoch oft an erster Stelle stehen, wenn es um das Verursachen dieser Probleme geht. Wenn Konzerne Rahmenbedingungen gestalten und nutzen und aus Wirtschaftsmodellen Profit schlagen, die Menschenrechtsverletzungen, Ausbeutung, Umweltzerstörung in Kauf nehmen, und die Produkte dieser Konzerne vor allem in den reichen Bevölkerungsschichten weltweit aber insbesondere in den Industrieländern konsumiert werden, dann muss auch genau dort an nachhaltiger Entwicklung angesetzt werden. Diese wichtige Botschaft spiegelt sich in den SDG wider, auch wenn sie nicht wirklich an alten Paradigmen rütteln, wie beispielsweise beim Ziel des Wirtschaftswachstums (Ziel 8), das deutlich die mangelnde Kritik an den wachstumsorientierten Wirtschaftsmodellen zeigt. Hier ist die Politik

gefordert, Debatten hin zu ressourcen- und energieärmeren Wirtschaftsformen voranzutreiben.

Die SDG richten sich mit ihrer Zielsetzung nun also auch an Deutschland, an die USA oder die EU in ihrer Gesamtheit. Die Industriestaaten müssen also eine umfassende Transformation zur Nachhaltigkeit einleiten, möchten sie die Ziele der 2030-Agenda erreichen. Es geht beispielsweise darum, soziale Ungleichheiten abzubauen (Ziel 10), den voranschreitenden Klimawandel zu bremsen (Ziel 13) und Energie- und Wirtschaftssysteme sowie Produktions- und



Foto 1: „Kohärenz von Entwicklungs- und Klimapolitik!“; Michael Brossmann, GIZ

² Der gesamte Text der Agenda 2030 ist hier abrufbar: <https://sustainabledevelopment.un.org/post2015/transformingourworld>

Konsummuster (unter anderem Ziele 7 und 12) so umzugestalten, dass diese nicht weiterhin einer nachhaltigen Entwicklung entgegenstehen. Für Europa, als größten Geber von Entwicklungshilfe, heißt es also auch, die europäische Entwicklungspolitik stärker mit diesen Themen- und Politikbereichen zu verzahnen und eine stärkere Kohärenz verschiedener Politikfelder, wie Wirtschaft-, Klima-, Energie-, Handels- und Agrarpolitik herzustellen. Sie muss an den Zielen einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet sein, die innerhalb der zwei großen Leitplanken stattfindet: der Leitplanke der planetaren Grenzen, also den Grenzen unseres Planeten und seiner Ökosysteme, sowie der Leitplanke der Menschenrechte.

Bedauerlicherweise wurde die Situation von Geflüchteten und MigrantInnen in den SDG nicht ausreichend berücksichtigt. Die Bedürfnisse von MigrantInnen werden lediglich bei dem Schutz von Arbeitsrechten und bei der Senkung von Transfergebühren bei Rücküberweisungen berücksichtigt. Der Zusammenhang zwischen den Motiven für Migration und Flucht und einer nicht nachhaltigen Entwicklung wird somit kaum thematisiert. Dabei ist Migration eine Form der Anpassung an neue Lebensumstände, gesellschaftliche Veränderungen und Umweltbedingungen. Migration führt zu einem sozialen und kulturellen Austausch zwischen Menschen verschiedener Länder und Lebensregionen und war schon immer ein entscheidender Anstoß für Veränderungsprozesse. Dies kann für den Kontext einer Transformation hin zu einer nachhaltigen Welt von Bedeutung sein. Aufgrund der fehlenden Beachtung von Migration in den SDG ist es umso wichtiger, MigrantInnen und ihre Erfahrungswerte in die aktuellen Debatten zur nachhaltigen Entwicklung aktiv mit einzubinden und eine neue Perspektive zu gewinnen.



Foto 2: „Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge!"; Nicole Bosquet, Germanwatch

Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) für den Zeitraum 2015 bis 2030



1 Keine Armut

Beenden der Armut in all ihren Formen und überall



2 Keine Hungersnot

Beenden von Hunger und Hungertod, Erreichen der Nahrungssicherheit und verbesserten Ernährung sowie Förderung eines nachhaltigen Ackerbaus



3 Gute Gesundheitsversorgung

Sicherstellung gesunder Lebensumstände und Förderung von Wohlbefinden für alle Altersgruppen



4 Hochwertige Bildung

Sichern eines integrierenden Bildungssystems für alle und Förderung von gleichberechtigten und hochwertigen lebenslangen Lernchancen



5 Gleichberechtigung der Geschlechter

Erreichen der Gleichberechtigung der Geschlechter durch die Stärkung von Frauen und Mädchen



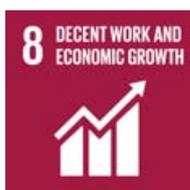
6 Sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen

Sicherstellung der Verfügbarkeit und nachhaltigen Verwaltung von Wasser und sanitären Einrichtungen für alle



7 Erneuerbare Energie

Sicherstellung von erschwinglicher, verlässlicher, nachhaltiger und erneuerbarer Energie für alle



8 Gute Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum

Förderung eines anhaltenden, inklusiven und nachhaltigen Wirtschaftswachstums, voller und produktiver Beschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle



9 Innovation und Infrastruktur

Aufbau einer robusten Infrastruktur, Förderung einer inklusiven und nachhaltigen Industrialisierung sowie von Innovationen



10 Reduzierte Ungleichheiten

Senkung der Ungleichheit innerhalb von und zwischen Ländern



11 Nachhaltige Städte und Gemeinden

Schaffung von nachhaltigen Städten und menschliche Siedlungen, die inklusiv, sicher und widerstandsfähig sind



12 Verantwortungsvoller Konsum

Sicherstellung von nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern



13 Maßnahmen zum Klimaschutz

Ergreifen dringender Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen



14 Leben unter dem Wasser

Konservierung und nachhaltige Nutzung der Ozeane, Meere und Meeresressourcen für eine nachhaltige Entwicklung



15 Leben an Land

Schutz, Wiederherstellung und Förderung einer nachhaltigen Nutzung der terrestrischen Ökosysteme, nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern, Bekämpfung der Wüstenbildung und Einhalt sowie Umkehrung der Bodendegradation sowie Aufhalten des Verlustes der Artenvielfalt



16 Frieden und Gerechtigkeit

Förderung friedlicher und integrativer Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung, Gewährleistung eines Zugangs zur Justiz für alle und Aufbau von effektiven, verantwortlichen und inklusiven Institutionen auf allen Ebenen



17 Partnerschaften, um die Ziele zu erreichen

Verstärkung der Bedeutung von Umsetzung und Revitalisierung der globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung

3.3 Die UN-Klimaverhandlungen und das Pariser Klimaabkommen

Einen weiteren bedeutenden Gipfel mit weitreichenden Auswirkungen für nachhaltige Entwicklung weltweit und besonders für die Wirtschafts- und Lebensmodelle der Industrieländer stellen die UN-Klimaverhandlungen in Paris Ende 2015 dar.

Zum ersten Mal haben sich alle 195 Vertragsstaaten der UN-Klimakonferenz auf das völkerrechtlich verbindliche Ziel geeinigt, die globale Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C Durchschnittstemperatur im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Im Klimavertrag findet sich dazu auch eine Handlungsanweisung: In der zweiten Jahrhunderthälfte muss globale Treibhausgasneutralität erreicht werden, es sollen also keine zusätzlichen Treibhausgase in der Atmosphäre angereichert werden (siehe UNFCCC, 2015). Konkret heißt das vor allem, dass die klimaschädlichen fossilen Energieträger ab jetzt zügig verschwinden müssen. Wir müssen von Kohle, Öl und Gas Abschied nehmen, denn mit ihnen haben wir keine Chance, einen bedrohlichen Klimawandel zu verhindern. Um tatsächlich deutlich unter dem Zwei-Grad-Limit zu bleiben, darf ab dem Zeitraum zwischen 2060 und 2075 kein zusätzliches CO₂ mehr in der Atmosphäre angereichert werden (Netto-Null-CO₂-Emissionen) – betrachtet man auch andere Treibhausgase wie Lachgas und Methan, so gilt für alle Treibhausgase zusammen der Zeitraum 2080 bis 2090 (WRI, 2015). Damit dies gelingt, sollen die Staaten alle fünf Jahre konkrete, ambitioniertere Klimaschutzpläne vorlegen, denn die vor und in Paris von allen Staaten eingereichten Klimaziele genügen nicht, um unter den 2 °C globaler Erwärmung zu bleiben. Das Pariser Klimaabkommen geht noch einen Schritt weiter und erklärt, dass Anstrengungen zu unternehmen sind, um die globale Erwärmung sogar unter 1,5 °C zu halten. Diese Zielmarke ist besonders für kleine Inselstaaten sehr bedeutsam, da deren Lebensräume und Staatsterritorien vom Meeresspiegelanstieg bereits bei einer globalen Temperaturerhöhung von 2 °C existenziell bedroht sind. Dementsprechend muss eine Abkehr von den fossilen Energieträgern wesentlich früher geschehen und das Netto-Null-Emissions-Niveau weltweit bereits zwischen 2060 und 2080 erreicht werden bzw. zwischen 2045 bis 2050 für das Treibhausgas CO₂ (ebd.). Bezogen auf Deutschland bedeutet dies einen schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung, der 2035 bis 2040 abgeschlossen sein muss.

Das Zwei-Grad-Limit und die daraus praktisch resultierende Dekarbonisierung sollen Hand in Hand mit Armutsbekämpfung, einer nachhaltigen Entwicklung und unter Berücksichtigung globaler Gerechtigkeitskriterien erreicht werden. Das Klimaabkommen enthält dafür auch wesentliche



Foto 3: „Zero Emissions Now“;
Koko Warner, United Nations University

Punkte zur Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Anpassung an die Klimawandelrisiken, wie beispielsweise durch eine Klimarisikoversicherung, aber auch beim Klimaschutz.

Während die Welt bereits eine globale Erhöhung der Durchschnittstemperatur von 1 °C erlebt, drängt die Zeit für eine grundlegende Transformation der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit und damit einer zügigen Abkehr von fossilen Energien.³

³ Siehe hierzu auch die Berichterstattung zum UN-Klimagipfel COP 21 auf www.germanwatch.org/de/cop21

Germanwatch hat die wichtigsten Ergebnisse des Pariser Klimagipfels zusammengefasst:

Die wichtigsten Ergebnisse von Paris

- **Drei langfristige Ziele:**
 - Begrenzung der Erwärmung auf deutlich unter 2 °C und Anstrengungen, um eine Begrenzung auf 1,5 °C zu erreichen.
 - Erhöhung der Fähigkeit zur Anpassung an den Klimawandel (Resilienz).
 - Umlenken aller Finanzströme, um sie mit diesen Klimazielen kompatibel zu machen.
- **Gemeinsames Emissionsziel:** Globales Ziel von Netto-Null-Treibhausgasemissionen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, was auch eine globale Dekarbonisierung bis Mitte des Jahrhunderts bedeutet.
- **Nationale Klimaziele:**
 - Verbindliche Verpflichtung aller Staaten, ihre Ziele einzureichen und Maßnahmen zu ergreifen, um die Ziele zu erreichen.
 - Nachschärfungsrunden alle fünf Jahre, beginnend 2018.
- **Kapazitätsaufbau:** Neuer Mechanismus zum Aufbau von Kapazitäten in Entwicklungsländern.
- **Finanzierung:**
 - Fortsetzung der Klimafinanzierung durch Industrieländer mit 100 Milliarden US-Dollar jährlich von 2020–25 plus freiwillige Ergänzung durch Schwellenländer. Danach Festlegung eines neuen, weitergehenden Ziels unter Berücksichtigung des Beitrags der Schwellenländer.
 - Regelmäßige Finanzierungsberichte und -zusagen der Geber alle zwei Jahre.
- **Klimawandelbedingte Schäden und Verluste:** Anerkennung als eigenes Thema.
- **Berichte:** Verbessertes einheitliches Berichtswesen.

4 Zukunftschancen nutzen – Wandel wagen

Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung und das Pariser Klimaabkommen zeugen davon, dass sich die Weltgemeinschaft zumindest auf dem Papier darüber einig ist, dass ein „weiter so“ weder gewollt noch machbar ist. Für die Regierungen und Parlamente der Staaten sowie für viele zivilgesellschaftliche Akteure fängt die Arbeit „zu Hause“ jedoch jetzt erst richtig an. Nach den Beschlüssen auf globaler Ebene müssen diese in nationales Recht und eine konkrete Umsetzung münden, die langfristig zu begleiten und regelmäßig auf ihre Konsistenz zu prüfen ist. Ein Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Lebens- und Wirtschaftsweise muss sich innerhalb der zwei bereits genannten großen Leitplanken bewegen: Zum einen geht es um das Beachten der planetaren Grenzen, also der begrenzten Kapazitäten unseres Planeten, die uns mit den Lebensgrundlagen wie Wasser, Sauerstoff, Nahrung, Energie versorgen, und zum anderen um das Einhalten der Menschenrechte, wie zum Beispiel der Menschenrechte auf Nahrung, Wasser, auf soziale Sicherheit, auf Bildung oder auf einen Zugang zu Erneuerbarer Energie. Die folgenden Abschnitte skizzieren beispielhaft, was der Pfad zu nachhaltiger Entwicklung für Deutschland bedeutet und welche Chancen sich daraus ergeben.

4.1 Den Wandel im „Entwicklungsland Deutschland“ wagen

Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) zeigen eindrücklich, dass Deutschland in vielen Bereichen starke Fehlentwicklungen aufweist. Dies gilt für alle Industrieländer – insbesondere, wenn man sich den hohen ökologischen Fußabdruck dieser Staaten ansieht, der durch den enormen Energie- und Ressourcenhunger sehr groß ist. Auch ist zu beobachten, dass die Kluft zwischen Arm und Reich weltweit auch innerhalb der Staaten aufreißt – Deutschland stellt hier keine Ausnahme dar. Deutschland exportiert Braunkohlestrom und sichert sich durch Rohstoffpartnerschaften den Zugang zu Rohstoffen, oft unter menschenrechtlich schwierigen Bedingungen. Agrarexporte aus EU-Ländern behindern den Ausbau landwirtschaftlicher Produktion in vielen Ländern Afrikas südlich der Sahara. Zunehmend enger werden die Verflechtungen von Wirtschaft, Industrie und Politik bzw. Staat. Die bisherige (Entwicklungs-)Politik liefert auf neue globale Herausforderungen keine ausreichenden Antworten. Die vielbeschworene Kohärenz der Politiken industrialisierter Geberländer ist ein – noch theoretisches – Licht am Horizont der Ärmsten. Die nun anstehende Umsetzung der SDG in, durch und mit Deutschland ist in diesem Sinne eine große Herausforderung, vor der das Land steht. Dabei sind die harten Politiken, wie zum Beispiel die Handels-, Agrar-, Rohstoff-, Finanz- und Energiepolitik, ganz besonders wichtige Schalthebel für den Wandel. Drei Ebenen sind für die Umsetzung der SDG für Deutschland relevant:



Foto 4: „Handelsbeziehungen, die Entwicklungsländer nicht ausbeuten“; Gabriele Klingmüller, Bürgermeisterin Stadt Bonn

- a) SDG **in** Deutschland: Was muss sich in Deutschland ändern, um den SDG nachzukommen und die Ziele im eigenen Land zu erreichen? Zu nennen sind hier exemplarisch soziale Ungerechtigkeit und Armut, Ressourcenschutz, Ausbau Erneuerbarer Energien und Ausstieg aus der Kohleverstromung, die Frage nach neuen Konsum- und Produktionsmustern, die mit den planetaren Grenzen und den Menschenrechten kompatibel sind, das Erreichen einer Kreislaufwirtschaft, starke Begrenzung der Flächenversiegelung, Förderung ökologischer Landwirtschaft, Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Bildungsbereichen, Inklusion etc.
- b) SDG **durch** Deutschland: die Frage nach der Unterstützung anderer Länder durch Deutschland bei deren Erreichung der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung, zum Beispiel durch Entwicklungs- und Klimafinanzierung, Kapazitätsaufbau, Bereitstellen von Technologien (z. B. Erneuerbare Energien), Klimarisikoversicherungen etc.
- c) SDG **mit** Deutschland: Welche Lösungen hat Deutschland der Welt zu bieten (z. B. die Energiewende) und welches sind die negativen Auswirkungen deutschen Handelns in der Welt (z. B. durch Agrarpolitik, Rohstoffpolitik oder Rüstungsexporte)

Eine wesentliche Herausforderung besteht darin, die wirtschaftlichen Strukturen anzugehen und Wirtschaftspolitik in Bund und Ländern kohärent mit Entwicklungs- und Umweltpolitik zu gestalten. Deutschlands Verantwortung für Zulieferketten, Handelsbeziehungen und nicht nachhaltige Konsummuster muss überprüft werden. Für die Klimaschutzziele der Bundesregierung heißt das konkret, den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung zügig einzuleiten und die notwendige Transformation hin zu Erneuerbaren Energien, nachhaltiger Mobilität (Verkehrswende) und geschlossenen Stoffkreisläufen sowie wesentlich geringeren Emissionen der Landwirtschaft anzustreben. Nationale Gesetzgebungen müssen deutliche Investitionssignale senden, sodass sich in



Foto 5: „Dear Europe, STOP using GHANA as your e-waste dumpsite“ (Liebes Europa, hör' damit auf, Ghana als deine Elektroschrott-Müllkippe zu gebrauchen); Simon-Peter Kafui Aheto, PEC School Ghana und Eine Welt Netz NRW e.V.

den Umsetzungsprozessen der SDG und des Klimaschutzes neue, nachhaltige Geschäftsmodelle etablieren können, die innerhalb der planetaren Grenzen und der Menschenrechte handeln. Ebenso wichtig ist für die Umsetzungsphase der großen globalen Beschlüsse eine ernsthafte gesellschaftliche Debatte und Auseinandersetzung über die eigenen konsumorientierten Lebensstile. Wenn Armut adressiert werden soll, muss die Debatte eben auch das Gegenstück, den materiellen Reichtum sowie seine Ursachen und Auswirkungen, in den Fokus rücken.

Den Wandel zu wagen bedeutet demnach, die Ergebnisse der großen Beschlüsse von 2015 entschieden und zügig in den Folgejahren in nationale Politiken umzusetzen, deren Einhaltung und Gerechtigkeitsaspekte kritisch zu begleiten und entsprechend aktueller (klima-)wissenschaftlicher Erkenntnisse anzupassen.

4.2 Die Chancen der Transformation nutzen

Der Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Entwicklung muss Herausforderungen adressieren, aber auch Chancen sehen und nutzen. Die Wissenschaft zeigt deutlich auf, dass dieser Wandel möglich und machbar ist. Es mehren sich die Anzeichen, dass Erneuerbare Energien aus Wind und Sonne in vielen Teilen der Welt im direkten Vergleich mit Kohlestrom wettbewerbsfähig geworden sind. Entsprechend steigen die Investitionen in Erneuerbare Energien weltweit stark an. Ausgelöst durch das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz wurden die Erneuerbaren weltweit günstiger und stehen nun vor ihrem ökonomischen Durchbruch bzw. haben ihn teilweise schon erreicht. Der weltweite Siegeszug der Erneuerbaren Energien beschleunigt sich immer mehr und verdrängt allmählich die klima- und gesundheitsschädlichen fossilen Energieträger⁴. Auch weil Investoren sich zunehmend aus reputations- und ökonomischen Überlegungen scheuen in fossile Energien zu investieren bzw. dort angelegtes Kapital abziehen (deinvestieren). Weltweit entstehen Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren Energien – im Jahr 2015 stiegen diese um rund 18 Prozent im Vergleich zum Vorjahr an (ausgenommen sind große Wasserkraftwerke) – Deutschland zählt hierbei zu den zehn Ländern mit den meisten Arbeitsplätzen in diesem Sektor (IRENA, 2015). Selbiges könnte auch für andere nachhaltige Zukunftstechnologien, wie zum Beispiel bei der Einführung einer Kreislaufwirtschaft, möglich werden.

Neben den moralischen und offensichtlichen Argumenten für Klimaschutz, wie beispielsweise die Lebensgrundlagen zu erhalten und große Synergien für die Armutsbekämpfung und Entwicklung, gibt es gleichzeitig auch starke volkswirtschaftliche Argumente für einen zügigen und ambitionierten Klimaschutz, der das Einhalten des Zwei-Grad-Limits gewährleistet. Ein Vergleich der Kosten dieses Klimaschutzes – vom Weltklimarat IPCC mit ca. fünf Billionen Euro beziffert (IPCC, 2014) – mit den dadurch vermeidbaren Kosten durch Klimaschäden verdeutlicht dies: Bis 2050 können weltweit rund 16 Billionen Euro vermieden werden (Hohmeyer, 2015). Zukünftige Milliardenräber, auch in Deutschland, lassen sich auf diese Weise bereits früh vermeiden.



Foto 6: „Klimawandel stoppen – Erneuerbare Energien fördern, überall!“; Anne Reis, World Future Council

Auch in der Agrarpolitik könnte eine Förderung nachhaltiger landwirtschaftlicher Praktiken viele Synergien für nachhaltige Entwicklung erzeugen. Agrarbetriebe, die vor allem auf industrielle Prozesse und quantitativ hohe Produktion setzen, sind oft weder sozial verträglich noch ökologisch nachhaltig. Böden, Grundwasser, Ressourcen sowie Klima und Artenvielfalt werden durch nachhaltig erzeugte und vermarktete Agrarprodukte wesentlich stärker geschont. Es gibt durchaus Märkte für diese Lebensmittel, die jedoch aus ihrem Nischendasein noch herausgeholt werden müssen, zum Beispiel durch die Unterstützung von verantwortungsbewussten LandwirtInnen und

⁴ siehe hierzu auch Burck und Bals (2015) mit zahlreichen Beispielen für Indizien einer Trendwende in der internationalen Klima- und Energiepolitik.

durch kritische VerbraucherInnen. Lebensmittelpreise müssen hierbei die ökologische Wahrheit sprechen und Umweltschäden mit einpreisen. Der arbeitsintensivere ökologische Landbau hat außerdem ein höheres Potenzial, Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu sichern.



Foto 7: „Für die Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft inner- und außerhalb der EU!“; Sabrina Corsi, VENRO und Christoph Rendel

Es ist wichtig, die zukünftige Politik sozialverträglich zu gestalten, sodass insbesondere marginalisierte Bevölkerungsgruppen von einer nachhaltigen Entwicklung profitieren und soziale Ungleichheiten in und zwischen den Staaten abgebaut werden. Auch müssen wichtige Themen wie die größeren Flucht- und Migrationsbewegungen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung diskutiert und berücksichtigt werden. Fluchtursachen sind unterschiedlich und auf komplexe Art und Weise miteinander verbunden. Selten führt nur eine einzelne Ursache zur Flucht. Nicht nur Krieg und soziale Unruhen, sondern auch die Bedrohung von Lebensräumen durch den Klimawandel, fehlende Ernährungssicherheit oder die Ausbeutung von Ländern und Menschen durch Unternehmen zwingen heute und in Zukunft viele Menschen dazu, ihre Heimat oder ihr Land zu verlassen. Deutschland und Europa müssen sich die Frage stellen, inwiefern die negativen Konsequenzen der Globalisierung und ein ressourcenintensiver Lebensstil andere dazu zwingt, ihre Heimat zu verlassen, oder wie sich dadurch bereits bestehende Ursachen von gezwungener Migration verstärken. Der Raubbau von Rohstoffen und Land, aber auch Extremwetterereignisse, Dürren und Ernteaussfälle, um nur einige Fluchtursachen zu nennen, können durch menschliches Handeln verstärkt werden. Der globale Norden muss entsprechend Verantwortung für die Konsequenzen dieser Lebensweise übernehmen und schädliches Verhalten abstellen.

Gleichzeitig ist es wichtig und förderlich, MigrantInnen und Geflüchtete und ihre Erfahrungen und Perspektiven auf dem Weg zu einer Transformation hin zu einer nachhaltigen Entwicklung mit einzubeziehen. Dabei kann für Geflüchtete das Leben in ihrer neuen Heimat – auch wenn es in manchen Fällen nur temporär sein mag – zur Chance werden, indem sie Arbeit erhalten, eine neue Sprache erlernen und ihre Kinder zur Schule schicken können. Auch für die Gemeinden vor Ort, die die Geflüchteten aufnehmen, sowie für die Herkunftsregionen der Geflüchteten kann dies zur

Transformationschance werden, wenn Austausch und Perspektivwechsel den jeweiligen Lebens- und Wahrnehmungskontext bereichern und sich Entwicklungschancen verstärken.

Auch erfordert dieser Weg die politische Bereitschaft, neue Institutionen zur jeweils nationalen und regionalen Umsetzung zu etablieren. So bietet für Deutschland der im Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung aufgeführte „Jugend-Check“ die Chance, Beschlüsse auf ihre Vereinbarkeit mit den Interessen der jungen Generation zu überprüfen⁵. Es geht nicht nur darum, die junge Generation auf diesem Weg mitzunehmen, sondern ihre Rolle als Akteure des Wandels, ihre Ideen und Perspektiven ernst zu nehmen.



Foto 8: „Youth Empowerment“; Mikko, Egle, Thesia, Internationale Pfadfindergruppe

Schließlich hat die neue Agenda 2030 mit den SDG und das Pariser Klimaabkommen auch das Potenzial, die veraltete Aufteilung von Industrie- und Entwicklungsländer aufzubrechen. Grundlegend ist hier, dass die bisher so statischen Konzepte von Nord-Süd sowie Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieland aufgelöst werden und ein neuer Entwicklungsnormativ erarbeitet wurde, der eine dynamische Interpretation des Prinzips „gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortlichkeit nach jeweiligen Fähigkeiten“ zulässt. Eine faire Differenzierung der Länder und die Betrachtung des Wohlstands ihrer Bevölkerung, in welchem sich die rasant ändernde Weltordnung niederschlägt, tragen dazu bei, dass Nachhaltigkeit als Aufgabe aller verstanden wird, eine Welt(Klima-)Verantwortung entsteht und neue Allianzen möglich werden.

Kooperation ist hier die große Chance multilateraler Entwicklungsprozesse. Globale Partnerschaften werden entstehen und gestärkt wie die International Solar Alliance⁶ oder die High Ambition Coalition, die maßgeblich zum Erfolg der UN-Klimakonferenz in Paris beigetragen hat. Die Kooperationsfähigkeit für weitere Prozesse gilt es auszubauen.

⁵ siehe Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode, S. 101. Online verfügbar:

www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile&v=2

⁶ siehe auch: <http://newsroom.unfccc.int/clean-energy/international-solar-energy-alliance-launched-at-cop21/>

5 Strukturen verändern: Akteure des Wandels durch BNE unterstützen

5.1 Das Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung

Parallel zu den Verhandlungsprozessen der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens startete 2015 bereits das UNESCO-Weltaktionsprogramm zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Es soll als Nachfolgeprogramm an die Bemühungen der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (von 2005 bis 2014) anknüpfen und BNE weiter ausbauen und verstetigen. Zwei zentrale Eckpunkte und Zielmarken in der Erklärung der Abschlusskonferenz zur BNE-Dekade in Aichi-Nagoya im Dezember 2014 sind 1.) BNE in alle Bildungsbereiche fest zu verankern und 2.) Bildungs- und Lernprozesse im Sinne einer BNE an alle Projekte, Aktivitäten und politischen Prozesse anzudocken, in denen bereits nachhaltige Entwicklung stattfindet (z. B. Solaranlagen, Solidarische Landwirtschaft, Nachhaltigkeitsforschung, aber auch politische Nachhaltigkeitsprozesse etc.). Angesichts der globalen Herausforderungen und der dringenden Notwendigkeit einer weltweit nachhaltigen Entwicklung, hat sich auch der BNE-Fokus weiterentwickelt. Die alten Nachhaltigkeitstipps für den alltäglichen, individuellen Bereich bilden nun die Grundlage für weitergehendes, politischeres Engagement. Hierzu beschreibt die Erklärung der UN-Konferenz in Nagoya die Bedeutung der Bildung für nachhaltige Entwicklung weitergehend. Darin wird unterstrichen,

„... dass BNE die Bildungsteilnehmer befähigt [to empower!], sich selbst und die Gesellschaft, in der sie leben, zu transformieren, [...].“

(eigene Übersetzung, Aichi-Nagoya-Erklärung, Punkt 8).

Die Nationale Plattform BNE entwickelt für die Umsetzung des Weltaktionsprogramms BNE in Deutschland einen Nationalen Aktionsplan.

5.2 BNE-Schwerpunkte nach dem Europäischen Jahr für Entwicklung

Das Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung erfordert mutige Schritte hin zu einer politischeren Bildung und politischeren Aktionen. Nur so lassen sich die mit den SDG und dem Pariser Klimaabkommen verbundenen Hoffnungen auch erfüllen. Die Agenda 2030 kann die Themenbreite der SDG nutzen, um für die Bildungsarbeit in Deutschland neue Schwerpunkte zu setzen, und dabei doch auf viel Bekanntes aufbauen. Die SDG bieten Platz für viel Kreativität und gute Anschlussmöglichkeiten an laufende Politikprozesse auf unterschiedlichen Ebenen. Die folgenden vier Punkte können dabei Schwerpunkte für eine BNE im Kontext nationaler Umsetzungsprozesse der SDG und des Pariser Klimaabkommens darstellen. Sie stellen kein umfassendes Bild der BNE nach 2015 dar, sondern dienen lediglich dazu, Anregungen und Ideen in einem sehr begrenzten Rahmen bereitzustellen.

1. Eine Frage der (Klima-)Gerechtigkeit

Betrachtet man weltweit die konsumbezogenen Treibhausgasemissionen, also jene Emissionen, die durch den eigenen Lebensstil entstehen (dies sind nach einer Studie von Oxfam rund 64 Prozent der gesamten weltweiten Treibhausgasemissionen), entsteht ein sehr ungleiches Bild: Die

ärmsten 50 Prozent der Weltbevölkerung sind für lediglich 10 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich und leben vor allem in den besonders gegenüber dem Klimawandel verletzlichen Staaten. Auf der anderen Seite sind die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung für rund 50 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich (Oxfam, 2015; siehe auch Abb. 1, S. 20). Der durchschnittliche CO₂-Fußabdruck eines Menschen im reichsten Prozent der Erde kann das 175-fache des Fußabdrucks einer Person der ärmsten zehn Prozent betragen (ebd.). Die mit Abstand höchsten persönlichen CO₂-Fußabdrücke haben Menschen in den OECD-Ländern, auch wenn der Trend hin zu den Schwellenländern wie China, Indien, Südafrika und Brasilien geht, die sehr hohe Wachstumsraten aufweisen (ebd.). Diese höchst ungleich verteilten Anteile an den Emissionen findet man nicht nur zwischen den Staaten, sondern auch innerhalb von Staaten.

Während das Gros des Wirtschaftswachstums momentan fast ausschließlich den reichsten Menschen der Welt zugutekommt, lebt die überwältigende Mehrheit der ärmsten 50 Prozent weltweit in den am meisten vom Klimawandel betroffenen Ländern (ebd.). Ein entscheidender Schlüssel zur Klimagerechtigkeit liegt neben den unterschiedlichen Verantwortungen von Staaten eben auch in den sehr individuellen CO₂-Fußabdrücken der Menschen, insbesondere der reichsten Menschen der



Foto 9: „We have to take responsibility for global climate change which has been caused by few economies only“ (Wir müssen Verantwortung für den globalen Klimawandel übernehmen, der von der Wirtschaft in einigen wenigen Ländern verursacht wurde); Annika Reinert und Zahra Rahmani

OECD-Staaten. Letztgenannte müssen ihre Lebensstile (Mobilitätsverhalten, Ernährung, Energieverbrauch, Wohnen) am stärksten verändern. Doch dafür sind nicht nur individuelle Entscheidungen nötig, sondern auch grundlegende Veränderungen der Strukturen in den Gesellschaften, in denen sie leben (ebd.). Wirtschaftswachstum, wie es bisher funktioniert geht nicht nur zu Lasten der Umwelt und der Menschenrechte, es vergrößert auch die Kluft zwischen Arm und Reich.

Die Gerechtigkeitsfrage kann und muss auch auf andere Themenfelder angewendet werden. Sie bietet eine wichtige Grundlage für Debatten und kann eine starke Motivation zum Handeln darstellen. Es stellt sich die Frage, inwieweit BNE noch stärker als bisher die Gruppe der Menschen mit einem sehr großen ökologischen und sozialen Fußabdruck, das heißt die Gruppe der reichsten und am stärksten konsumierenden Personen, adressieren sollte.

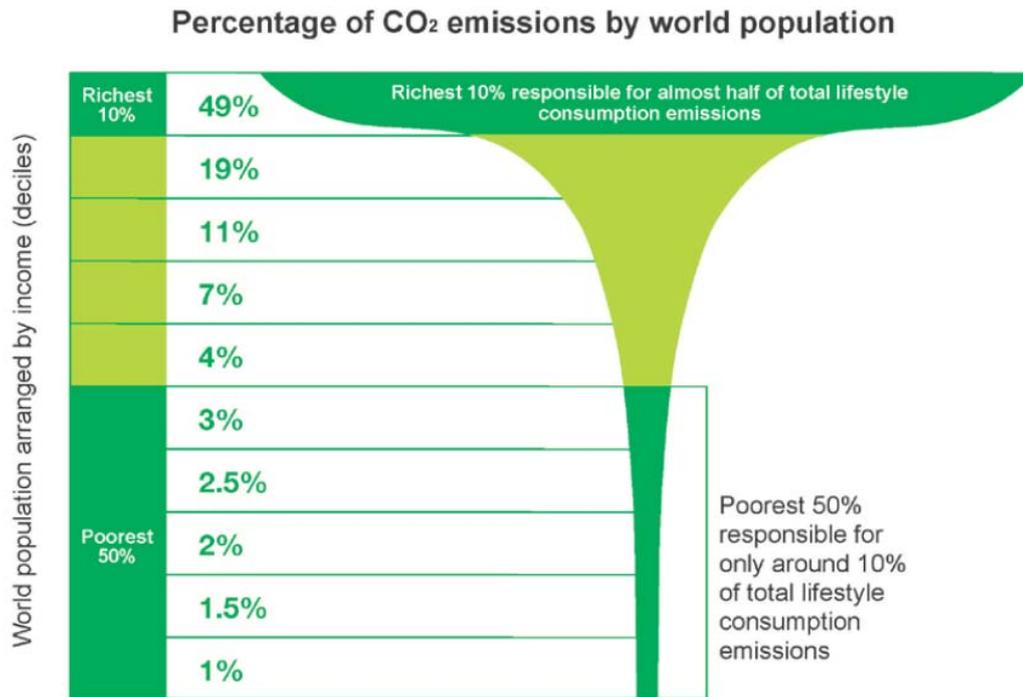


Abbildung 1: Anteil der CO₂-Emissionen der Weltbevölkerung nach Einkommens-Dezilen.

Quelle: Oxfam, 2015, S. 2

2. Die Lebensstil-Debatte in die Breite tragen und konkretisieren

Es fehlt an Visionen für eine nachhaltige Zukunft und an ganz konkreten Visionen, wie diese Zukunft für jeden einzelnen von uns aussehen kann. Wir wissen, dass wir fossilen Energieträgern den Rücken kehren werden, dass unser Konsumstil keine Zukunft hat und der hohe Ressourcen- und Energiehunger für ein unbegrenzt Wirtschaftswachstum ein Ende haben muss. Doch wie sieht das konkret für uns aus – für uns als Gesellschaft, Region oder Stadt und für mich persönlich? Was bedeutet es, wenn Europa gemäß seiner Emissionsminderungsziele im Jahr 2030 40 Prozent weniger Treibhausgase in die Atmosphäre ausstößt und im Jahr 2050 sogar 80 bis 95 Prozent weniger? BNE muss dazu anregen, die für viele Menschen oft abstrakten Klima-, Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele in konkrete Lebensstile zu übersetzen, die Angst davor zu nehmen und die breite Palette an Chancen und Vorteilen dieser nachhaltigen Lebensstile und Konsummuster zu skizzieren. Alternative Wohlstandsmodelle wie das Bruttonationalglück⁷ oder „Buen Vivir“⁸ aber auch sehr individuelle Formen des Wohlstands, zum Beispiel durch einen Zugewinn an Lebensqualität, Zeit, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität, müssen stärker in die Nachhaltigkeitsdebatte integriert und in Form von konkreten Bildern und Lebensstilen transportiert werden. In Projekten zum „Anfassen“ und Mitmachen, wie beispielsweise den zahlreichen Projekten der weltweiten Transition-Town-Bewegung⁹ und anderen Initiativen, können Menschen Teilbereiche solcher nachhaltigen Lebensstile bereits ausprobieren und erleben. Diese vielfältigen Ideen müssen mit und durch

⁷ Das Bruttonationalglück ist ein im Königreich Bhutan entwickeltes Wohlstandsmodell, das den Lebensstandard nicht am wirtschaftlichen Einkommen misst, sondern Parameter wie soziale Sicherheit, Umweltschutz, Regierungsführung oder kulturelle Werte einbezieht.

⁸ Buen Vivir ist ein zentrales Prinzip der Weltanschauung vieler indigener Völker in Lateinamerika. In der bolivianischen und ecuadorianischen Verfassung ist dieses Prinzip des guten Lebens sogar als Staatsziel verankert worden.

⁹ Weitere Informationen auf der internationalen Webseite des Transition-Town-Netzwerks www.transitionnetwork.org. Im Deutschsprachigen Bereich bietet das Transition-Netzwerk Deutschland, Österreich, Schweiz zahlreiche Informationen: www.transition-initiativen.de

transformative BNE jedoch erstens zielgruppenspezifische Strategien entwickeln, zum Beispiel für die stark konsumierende Oberschicht. Zweitens über den Projektcharakter hinaus auf Strukturveränderungen auf allen Ebenen abzielen und drittens Lösungen entwickeln, wie der sogenannte „Rebound-Effekt“ verhindert werden kann. Also jenes gesellschaftliche Phänomen, das dazu führt, dass Einsparungen aufgrund von nachhaltigem Verhalten in einem Bereich (z. B. ÖPNV statt Auto zu nutzen) durch eine verstärkte Nutzung der nachhaltigen Alternative oder durch weniger nachhaltiges Verhalten in anderen Bereichen (z. B. Urlaubsreisen mit dem Flugzeug) wieder ausgeglichen werden bzw. zu einer schlechteren Bilanz führen.

Die Frage, in welcher Welt wir leben wollen, muss gemeinsam mit den Hauptbetroffenen der massiven Fehlentwicklungen unserer heutigen Wirtschafts- und Lebensweise (z. B. durch Klimawandel, Menschenrechtsverletzungen, Rohstoff-Raubbau ...) beantwortet werden. BNE kann in diesem Kontext zu Perspektivwechsel und Einbindung marginalisierter Bevölkerungsgruppen in Debatten und Lösungsfindungsprozessen beitragen. Hieraus können unterschiedliche Zielgruppen konkrete Positionen, Visionen und konkrete nächste Schritte für Deutschland gemeinsam entwickeln.

3. Menschenrechte in den Kern der Debatte rücken

Die Agenda 2030 lässt einen Menschenrechtsansatz im Zielkatalog zwar missen, bietet jedoch mit ihrer Themenbreite gute Ansatzmöglichkeiten, um Menschenrechte in den Fokus einer Bildung für nachhaltige Entwicklung zu rücken. Das aktuelle, fossile Wirtschaftsmodell, von dessen Wachstum nur wenige Menschen profitieren, sowie der verschwenderische und unachtsame Konsumstil der reichsten Bevölkerung sind Teil der Ursachen für die alltäglich millionenfache Verletzung von Menschenrechten, wie zum Beispiel dem Recht auf Nahrung. BNE in Deutschland kann und muss die Verknüpfung von nicht nachhaltigem Handeln und nicht nachhaltigen Strukturen, von den gewohnten Alltäglichkeiten und uns umgebenden Realitäten mit den Lebenssituationen und Menschenrechtsverletzung weltweit aufzeigen. Auch hier setzt die Gerechtigkeitsdebatte an, denn besonders diejenigen, die am wenigsten zu den Fehlentwicklungen unserer heutigen Lebens- und Wirtschaftsmodelle beigetragen und von ihnen profitiert haben, leiden unter massiven Menschenrechtsverletzungen und unwürdigen Lebensumständen. Diese Verknüpfung zu leisten und dabei weder mit gehobenem Zeigefinger zu arbeiten noch ein Ohnmachtsgefühl bei den Zielgruppen zu erzeugen, ist eine herausfordernde Aufgabe für eine transformative Bildung für nachhaltige Entwicklung. Hierfür ist es notwendig, gemeinsam Handlungsoptionen zu erarbeiten, die transformativen Charakter haben. Insbesondere Lösungsansätze, die Strukturen auf allen Ebenen hin zu mehr Nachhaltigkeit bleibend verändern und somit die Zielgruppen zu Mitgestaltern des Wandels machen können.

4. Strukturen langfristig verändern

Globale Herausforderungen gehen uns alle an. Angesichts der enorm herausfordernden, menschengemachten Phänomene kann man sich als VerbraucherIn jedoch schnell überfordert und hilflos fühlen. Insbesondere, wenn man von allen Seiten zu rascher Verhaltensänderung aufgefordert wird oder keine passende Lösung für das Dilemma der manchmal kontroversen Wahlmöglichkeiten hat (bspw. regionales Gemüse in Plastik verpackt oder plastikfreies Gemüse aus dem Nachbarland). Schwierig wird dies besonders in vielen Milieus unserer Gesellschaft, in der nachhaltiges Verhalten nicht dem gesellschaftlich erwarteten und akzeptierten Verhalten entspricht und sozial sanktioniert wird.



Foto 10: „Before you ask the world to change, ask yourself what have you changed“ (Bevor du die Welt aufforderst, sich zu ändern, frag dich selbst, was du verändert hast);
Fatima Ahouli, The Human Touch

schaftliche Rahmenbedingungen auf allen Ebenen zu verändern, ist es dringend notwendig, dass die Zivilgesellschaft von EntscheidungsträgerInnen in Politik und Wirtschaft eine lebenswerte und gerechte Zukunft einfordert. Reine Appelle hierfür reichen nicht aus. Vielmehr gilt es, neue Ansprachen, Partizipationsmöglichkeiten und Angebote zu identifizieren und zu entwickeln, die Zielgruppen von BNE als Gestalter anerkennen, die jene gesellschaftlichen Strukturen mitgestalten und verändern können und wollen, in die sie eingebettet sind. Die in Abschnitt 2 dargestellte Diskrepanz zwischen den Personen, die Menschen in Entwicklungsländern helfen möchten (91 Prozent) und denjenigen, die sich dafür auch politisch engagieren (3 Prozent) deuten darauf hin, dass die politischere, strukturverändernde Ausrichtung der BNE bisher wesentlich zu kurz kam.

Individuelles Verhalten hin zu mehr Nachhaltigkeit ist wichtig, jedoch hat die Praxis gezeigt, dass durch Bildungsarbeit in Form von Konsumtipps noch kein gesellschaftlicher Wandel in Richtung Nachhaltigkeit gelungen ist. Hierfür ist mindestens genauso wichtig, Strukturen, in die wir alle eingebettet sind, langfristig so zu verändern, dass nachhaltiges Verhalten zur einfacheren, günstigeren, sozial akzeptierten, „coolen“ und ersten Wahl wird. BNE kann hier gemeinsam mit Zielgruppen Handlungsoptionen für strukturveränderndes, kollektives Handeln entwickeln. Um entscheidende politische und wirtschaftliche

6 Handeln mit Hand und Fuß

Wie viele Rohstoffe und Energie verbrauche ich mit meinem Lebensstil? Wie viel Bodenfläche beanspruche ich? Wie hoch ist mein CO₂-Ausstoß? Danach fragt der ökologische Fußabdruck. Welche strukturellen Rahmenbedingungen für nachhaltigere Lebensstile fördere und fordere ich durch mein Handeln? Wie müssen wirtschaftliche und politische Strukturen aussehen, die Menschen dabei helfen, sich nachhaltiger zu verhalten? Was kann ich / was können wir tun, damit nachhaltiges Verhalten die Regel wird, anstatt die Ausnahme zu bleiben? Danach fragt der Handabdruck bzw. der Hand Print.



Beide Ansätze sind wichtig: die Reduktion des eigenen Fußabdrucks ist ein wichtiger Schlüssel für den transformativen Wandel. Doch reichen einzelne Bemühungen im Kleinen, in vereinzelt Sektoren, für kurze Zeiträume oder von nur wenigen Personen nicht aus, um diesen Wandel anzustoßen. Das Warten, bis eine kritische Masse erreicht wird, ist in Anbetracht der fatalen Auswirkungen keine Option und wie die bisherige Praxis gezeigt hat auch nicht ohne weiteres zu erwarten.

Hand Print – Action Towards Sustainability

Die indische Organisation Centre for Environment Education (CEE) entwickelte den Hand Print als offenes Konzept, das jeder individuell gebrauchen und weiterentwickeln kann. Die zehn Jahre alte Srijia entwarf dabei die Hand als Symbol für positive Handlungen im Rahmen eines Nachhaltigkeitsprojekts des CEE. Mittlerweile wird es verwendet, um positive Maßnahmen für mehr Nachhaltigkeit darzustellen.

Germanwatch nutzt und unterstützt den Hand Print als Instrument in der Bildungsarbeit und zeigt damit Handlungsoptionen auf. Der Fokus liegt bei Germanwatch hierbei auf politischem Engagement, das auf Strukturveränderungen abzielt.

Der Gestaltungswille und der Wille zur Verantwortungsübernahme sind bei vielen Menschen, insbesondere und entgegen weitläufiger Pauschalisierungen auch bei Jugendlichen, vorhanden. Es gilt – jeweils in den für die Zielgruppen überschaubaren und gestaltbaren Zusammenhängen – die bestehenden politischen Rahmenbedin-

gungen zu hinterfragen und neu – transformativ und zukunftsfähig – bleibend zu verändern. Nachhaltigkeit – sozial, ökologisch und ökonomisch – muss in allen Bereichen des privaten und öffentlichen Konsums und bei der Produktion in Unternehmen durch nachhaltige und zukunftsfähige Strukturen und Rahmenbedingungen eingefordert und umgesetzt werden.

Das Konzept des Germanwatch Hand Prints hilft dabei und zeigt uns, dass wir auch strukturell mehr Einfluss nehmen können: Ob wir uns bei lokalen Umweltgruppen engagieren, in der kommunalen oder Landespolitik mitwirken oder versuchen, die Politik auf internationalem Niveau in organisierter Form mitzubestimmen. Der Hand Print unterstützt Menschen dabei, sich als Gestaltelnnen ihrer Gesellschaft wahrzunehmen.

Jeder Lernende ist in ein Wirkungsfeld eingebettet, in dem er Strukturen verändern kann: in der Familie und im Haushalt, in der Schule, Universität oder am Arbeitsplatz, in einem Verein, im eigenen Viertel oder in der Stadt etc. Der Germanwatch Hand Print fokussiert dabei jene Stellschrauben, die man verändern kann und will, um die Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft mitzugestalten und so zu beeinflussen, dass es für andere Menschen leichter wird, sich selbst nachhaltiger zu

verhalten. Der Hand Print ist ein Werkzeug, um die soziale, ökonomische und ökologische Verträglichkeit von Lebensstilen und die politische Einflussnahme zu steigern und ein Symbol für positives und konstruktives Handeln in Richtung Nachhaltigkeit.

Bildung für nachhaltige Entwicklung kann das zivilgesellschaftliche Bewusstsein für globale Zusammenhänge schärfen. Aber erst in den Aktionen der Lernenden, die anfangen, Strukturen bleibend zu verändern, wird diese transformative Bildung konkret. Lernende erleben Verantwortung und Gestaltungskompetenz. Ziel ist es, im Sinne dieses Germanwatch Hand Prints gesellschaftliche Realitäten zu verändern und anderen Menschen nachhaltiges Verhalten leichter zu machen. Das Engagement zielt auf bleibende Veränderungen zu mehr Nachhaltigkeit und zu mehr globaler Gerechtigkeit. Diesen Schritt vom privaten zum politischen Engagement, das Strukturen verändert und transformativ wirkt, funktioniert nur, wenn man sich selbst als AkteurIn und GestalterIn des Wandels wahrnimmt. Diese Rolle bei verschiedenen Zielgruppen zu stärken, ist eine Aufgabe von BNE.

Beispiele sind vielfältig: Eine Schulversammlung beschließt auf Anregung der Umwelt-AG, dass Klassenfahrten nicht als Flugreisen durchgeführt werden. Ein Verband entscheidet sich für biologisch-regionale Verpflegung auf all seinen Veranstaltungen und in all seinen Gebäuden. Eine Stadt beschließt, dass alle Strom-Neuanschlüsse (inkl. eigene Gebäude) mit grünem Strom versorgt werden – danach kann dann der Kunde den Anbieter frei wählen. Eine Kirchengemeinde beschließt den Abzug ihres Vermögens (Divestment) aus fossilen Industrien, Jugendliche fordern von ihren Stadträten einen Aktionsplan für eine fahrradfreundliche Stadt und legen konkrete Vorschläge vor etc.

Es ist höchste Zeit, Zukunftschancen zu nutzen und den Wandel hin zu einer nachhaltigen Entwicklung zu wagen – im Privaten, wie auch im Politischen. BNE kann besonders nach dem Europäischen Jahr für Entwicklung – wenn die großen Beschlüsse in nationales Handeln übersetzt werden müssen – an den Hebeln für den Wandel ansetzen. Es gilt, einen kommunikativen und zielgruppenspezifischen Rahmen zum Beispiel für strukturveränderndes politisches Engagement oder für nachhaltige Lebensstile mit transformativen Ideen und konkreten Handlungsoptionen anzueichern.

Literaturtipps

BUNDjugend – Berechne deinen eigenen Fußabdruck: www.footprint-deutschland.de

Centre for Environment Education – Die Webseite zum grundlegenden CEE Hand Print aus Indien: www.handprint.in/

Engagement Global – das Europäische Jahr für Entwicklung bei Engagement Global: <http://ej2015.engagement-global.de/>

Germanwatch – Bildungsmaterialien von Germanwatch: www.germanwatch.org/de/thema/bildung

Germanwatch – mehr Informationen zum Germanwatch Hand Print: www.handprint.de

Umweltbundesamt (UBA) – Aktuellster Bericht (2015) des Umweltbundesamts: Daten zur Umwelt. Umwelt, Haushalte und Konsum. www.umweltbundesamt.de/publikationen/daten-zur-umwelt-umwelt-haushalte-konsum-0

7 Literatur

Burck, J. und C. Bals (2015): Indizien für eine Trendwende in der internationalen Klima- und Energiepolitik. Germanwatch, Bonn. Online verfügbar: www.germanwatch.org/de/10353

EU (2015): Webseite der EU zum Europäischen Jahr für Entwicklung: <https://europa.eu/eyd2015/de>

EU-Kommission (2015): Das europäische Jahr für Entwicklung – Die Ansichten der EU-Bürger zu Entwicklung, Zusammenarbeit und Hilfe. Spezialbarometer 421 / Welle EB82.1 – TNS Opinion & Social. Online verfügbar: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_421_de.pdf

Hohmeyer, O. (2015): Nutzen des Klimaschutzes. Warum der 5. Sachstandsbericht des IPCC zu kurz greift. Germanwatch, Bonn. Online verfügbar: www.germanwatch.org/de/10455

IPCC (2014): Climate Change 2014: Mitigation of Climate Change. Contribution of Working Group III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [Edenhofer, O., R. Pichs-Madruga, Y. Sokona, E. Farahani, S. Kadner, K. Seyboth, A. Adler, I. Baum, S. Brunner, P. Eickemeier, B. Kriemann, J. Savolainen, S. Schlömer, C. von Stechow, T. Zwickel and J.C. Minx (eds.)]. Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA. Online verfügbar: www.ipcc.ch/report/ar5/wg3/

IRENA (2015): Renewable Energy and Jobs. Annual Review 2015. IRENA, Abu Dhabi. Online verfügbar: www.irena.org/DocumentDownloads/Publications/IRENA_RE_Jobs_Annual_Review_2015.pdf

Oxfam (2015): Extreme Carbon Inequality. Why the Paris climate deal must put the poorest, lowest emitting and most vulnerable people first. Online verfügbar: <https://www.oxfam.org/en/research/extreme-carbon-inequality>

UN (2015): The Millennium Development Goals Report 2015, United Nations, New York. Online verfügbar: www.un.org/millenniumgoals/2015_MDG_Report/pdf/MDG%202015%20rev%20%28July%201%29.pdf

UNFCCC (2015): Adoption of the Paris Agreement (FCCC/CP/2015/L.9/Rev.1). Online verfügbar: <http://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/l09r01.pdf>

WRI (2015): Understanding the Paris Agreement's Long-term Goal to Limit Global Warming. World Resources Institute (WRI). 15. Dezember 2015. Online verfügbar: www.wri.org/blog/2015/12/insider-understanding-paris-agreement%E2%80%99s-long-term-goal-limit-global-warming

Sie fanden diese Publikation interessant?

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, zum Teil auch unentgeltlich. Für unsere weitere Arbeit sind wir jedoch auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen.

Spendenkonto: BIC/Swift: BFSWDE33BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 212300

Spenden per SMS: Stichwort „Weitblick“ an 8 11 90 senden und 5 Euro spenden.

Mitgliedschaft: Werden Sie Fördermitglied (Mindestbeitrag 60 Euro/Jahr) oder stimmberechtigtes Mitglied (ab 150 Euro/Jahr, Studierende ab 120 Euro/Jahr) bei Germanwatch. Weitere Informationen und das Anmeldeformular finden Sie auf unserer Website unter:

www.germanwatch.org/de/mitglied-werden

Wir schicken Ihnen das Anmeldeformular auf Anfrage auch gern postalisch zu:
Telefon: 0228/604920, E-Mail: info@germanwatch.org

Germanwatch

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz & Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima & Entwicklung/Ernährung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindung / Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft AG,
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00,
BIC/Swift: BFSWDE33BER

Weitere Informationen erhalten Sie unter **www.germanwatch.org** oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch – Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

Germanwatch – Büro Berlin

Stresemannstr. 72, D-10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org



Hinsehen. Analysieren. Einmischen.

Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.